

Wir wollen mit niemandem teilen

Geas: „Jusos geißeln Asyl-Einigung“ und „Verrat grüner Politik an Geflüchteten“, FR-Politik vom 22. und 23. Dezember

Menschenrechte werden mit Füßen getreten

Die Jusos und ihr neuer Vorsitzender Philipp Türmer geißeln zu Recht – so wie Teile der Grünen-Basis – den „Asylkompromiss“ auf europäischer Ebene. Es ist eben nicht so, wie Innenministerin Nancy Faeser es bezeichnet, dass das Geas der Schlüssel dafür ist, Migration insgesamt zu steuern und zu ordnen, humanitäre Standards für Geflüchtete zu schützen und die irreguläre Migration zu begrenzen.

Am 10. Dezember 2023 jährte sich zum 75. Mal der Tag, an dem die Vereinten Nationen die Allgemeine Deklaration der Menschenrechte verabschiedeten. Ein Beschluss, der auch die Menschenrechtsstandards im Asylsystem festlegte, die heute verstärkt mit Füßen getreten werden. Ich bin daher den Jusos und den Kritikern bei den Grünen dankbar dafür, dass sie ihre Finger in die Wunde der verletzten Menschenrechte legen und laut darauf hinweisen, dass das Geas alles andere als ein Fortschritt ist. Die EU entfernt sich immer mehr von menschenrechtlichen Standards in der Geflüchtetenpolitik. Das Szenario erinnert an das Jahr 1993, als die Regierung Kohl leider mit Zustimmung der Sozialdemokratie den ersten sogenannten Asylkompromiss und die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl beschloss. Damals verließen viele Sozialdemokraten – auch ich – die SPD, was ich allerdings diesmal nicht tun werde. Es ist höchste Zeit, dass sich die den Menschenrechten verpflichteten Genossinnen und Genossen in der SPD laut artikulieren und sich für die Ideale der

Menschenrechte engagieren. Gerade die Sozialdemokratie sollte wissen, wie leidvoll ihre eigenen Erfahrungen mit dem Asylrecht nach der Weimarer Republik waren. Das Asylrecht war immer die Perle unserer Verfassung und darf nicht durch Abschottung und den Aufbau der „Festung Europa“ geschmälert werden. Es ist kein Nebenkriegsschauplatz, sondern fundamental wichtig für die Verfassungswirklichkeit in Europa. Manfred Kirsch, Neuwied

Unser Wohlstand wird rapide schwinden

Das Ansinnen, Menschen, die um Asyl bitten, an den Außengrenzen der EU in einer solchen Weise einzusperren oder zurückzuschicken, kann ich nur als Leibeigenschaft bezeichnen. Die Arroganz und die Verweigerung jeglicher Einfühlung Verantwortlicher maßt sich an, sich des Menschen in totaler Weise zu bemächtigen oder ihn Ausbeutung und Folter durch Abschiebung auszusetzen. Der Grund: Unser Wohlstand soll erhalten bleiben, den wir mit Niemand teilen wollen. Und Keiner wagt zu sagen, dass in diesen Krisenzeiten Wohlstand rapide schwinden wird.

Die Ultrarechten könnten Kapital aus der Konfrontation mit dieser Realität schlagen. Dies werden sie zweifellos tun, solange solche anbietenden, unmenschlichen Beschlüsse gefasst werden, worauf Pitt von Bebenburg in seinem Kommentar hinweist, und solange Aufklärung auf halbem Weg stecken bleibt. Es geht nicht mehr nur um persönliche Einsichten oder persönliches Engagement. Der permanente Input in Form von

fatalen Kompromissbildungen, Doppeldeutigkeiten, gepaart mit doppelter Moral, Mutlosigkeit und Scheinlösungen überfordern Bürgerinnen und Bürger, denn es geht auch um eine affektive Verarbeitung von Realität. Dieses Übel kann nicht überwunden werden, solange es verleugnet wird. Leiden müssen darunter zuallererst die Armen und Bedürftigen. Dies bestätigt diese EU-Haltung in fataler Weise. Robert Maxeiner, Frankfurt

Demokratische Mehrheiten müssen gesichert werden

In der politischen Diskussion wie auch anderwärts ist ein gespaltenes Bewusstsein vorherrschend. Mit dem Ausblenden der anderen Seiten kann man leicht das Feld behaupten. So titelt die FR am 21.12.23: „Die EU flüchtet aus der Verantwortung“. Die Bundesregierung hat zugestimmt, also auch sie. Wie aber steht es mit der Verantwortung der politischen Parteien zu verhindern, dass wir bei den nächsten Wahlen parlamentarische Mehrheiten der AfD bekommen? Es ist klar, dass Migration dieser für die Demokratie brandgefährlichen Partei sehr viele Stimmen bringt. Kann eine verantwortungsvolle Politik sehenden Auges und untätig darauf zutreiben? Man stelle sich vor, welche Entscheidungen hinsichtlich Migration und anderer demokratischer Rechte der Republik dann ins Haus stehen. Man kann daran zweifeln, dass die EU-Übereinkünfte hinreichen, um die Situation sichtbar zu entspannen. Aber es ist gewiss, dass zuallererst demokratische Mehrheiten in den Parlamenten gesichert werden müssen. Dieter Reitz, Mainz



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20240103

Einer unter vielen

Messiasse und Messiasinnen: „Oh Gott!“, FR-Feuilleton vom 23.12.

Danke für diesen erhellenden Weihnachtsspaziergang durch die Welt der Erlöser. Allein zu lesen, dass es von „Messias“ eine Plural, nämlich „Messiasse“ gibt, ist schon ein Gewinn. Gewöhnlich lebt der Messias ja von seiner Einmaligkeit. Was bedeutet ein Messias unter vielen?

Eine andere Ernüchterung mag sein, dass Jesus, wie es heißt, vor dem Hintergrund der klassischen Helden und Größen als Messias „etwas blass erscheint“. Das tut jedoch seiner Bedeutung keinen Abbruch, sondern im Gegenteil, führt ihn auf ein menschliches Maß zurück.

In der verwirrenden Menge der genannten und ungenannten, erhabenen, gewalttätigen und obskuren Erlöser fragt sich mancher natürlich: Wozu brauchen die Menschen überhaupt einen Erlöser? Warum versuchen sie nicht, die Erlösung bei sich selbst zu suchen, indem sie einfach sie selber sind? Hierauf findet man im Bericht leider keine Antwort. So wäre den Lesern zu wünschen, sie versuchten, dieser Frage auf den Grund zu gehen. Damit könnten sie sich vielleicht ein überraschendes nachträgliches Weihnachtsgeschenk bereiten.

Werner Schieferstein, Frankfurt

Hirnloses Feuerwerk

Zu: „Silvester ruhiger als im Vorjahr“, FR-Panorama vom 2. Januar

Unmittelbar bei Kriegsende, Hanau lag schon in Schutt und Asche, meinte ein unentwegter deutscher Kommandant, mit einem Eisenbahngeschütz vom Hanauer Hafengleis aus die Aufklärungsflüge der Feinde beschießen zu müssen, um den Endsieg sicherzustellen. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten.

Wir wohnten in Steinheim gegenüber dem Hanauer Hafen, mit freiem Blick über den Main. Als Dreijähriger beobachtete ich mit meinen Geschwistern vom Treppfenster aus die Bombeneinschläge in den Main. Helle Blitze, hohe Fontänen und krachender Donner boten uns Kindern ein grausiges Schauspiel, dessen Bilder und Geräusche mir auch nach fast 80 Jahren noch zwischen den Ohren herumgeistern. Das hat mir an Böllern und Feuerwerk fürs Leben gereicht.

Wer Raketenbatterien und Böller einschließlich der irrwitzigen Feinstaubproduktion unbedingt haben muss, dem empfehle ich eine Silvester-Exkursion in den Gazastreifen oder ins russisch-ukrainische Grenzgebiet.

Mit den Millionen, die in Deutschland für das hirnlose Feuerwerk ausgegeben werden, könnte man vielen Kriegsflüchtlingen etwas Gutes tun.

Werner Fröhlich, Altenstadt

Allzu konventionelle Bauernbündler

Kürzungen bei Agrarsubventionen: „Erneute Kompromissuche“, FR-Politik vom 20. Dezember

Schädliche Subventionen müssen abgeschafft werden

Vorsteher Rukwied und seine Mitstreiter vom Bauernverband erinnern mich mit ihrer Berliner Hass- und Misthaufenrevolte gegen den geplanten Subventionsabbau an das militant-faschistoide Milieu in der Fernsehserie „Bauern, Bonzen, Bomben“ aus dem Jahr 1973. Bei besagtem Interessenverband handelt es sich um die Lobby der konventionellen Landwirtschaft und des agrarindustriellen Komplexes

handelt. Die bäuerlichen Lobby-Strategen gehören zu den Verfechtern der neoliberalen Ideologie des freien Marktes mit sattsam bekannten Parolen wie „Privat vor Staat“ und „Der freie Markt regelt alles viel besser“, sind gegen jede Auflage zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen palternd zu Felde gezogen und haben dafür obendrein Stütze von der verachteten öffentlichen Hand kassiert. Angesichts der Klimakatastrophe ist dieser umweltschädliche Subventions-Anachronismus nicht mehr bedingungslos hinzunehmen.

men. Dass es naturschonend und vor allem gesünder geht, beweist der ökologische Landbau, dessen Kundschaft wächst. Diese aufstrebende Konkurrenz sollten die konventionellen Bauernbündler nicht aus dem Auge verlieren.

Wahltaktische Rücksichtnahmen der Regierungsparteien sind fehl am Platz. Die deutsche Bauernklientel wählt traditionell CDU/CSU und inzwischen mutmaßlich auch AfD.

Joachim Bohndorf, Bensheim

Die Bauern geben ein jämmerliches Bild ab

Zwei bedenkliche Aspekte haben die Proteste der Bauern. Ich bin gespannt, wie Polizei und Justiz mit der Blockade von Straßen umgehen, die allein aus Profitinteressen der Demonstranten entstehen. Sind diese weniger kriminell als die von Bürgern, die uneigennützig die Einhaltung von Gesetzen fordern, damit unsere Lebensgrundlagen erhalten bleiben?

Wenn für Bauern das Wohl und Wehe alleine auf Subventionen basiert, die klimaschädliche

Anreize setzen, dann sollten die Bauern ihr Geschäftsmodell grundsätzlich hinterfragen. Denn der Preis, die Klimakatastrophe zu ertragen, damit Bauern ihren Profit maximieren können, ist für die Gesellschaft zu hoch. Bauern kassieren eh so viele Subventionen. Direkt das Opfer zu spielen, die Politik zu erpressen und mit Protesten zu drohen, wenn eine der vielen Subvention wegfällt, gibt ein ganz und gar jämmerliches Bild der Bauern ab.

Stefan Bluemer, Essen

Keine Ermittlungen wegen der Blockaden

Es war davon auszugehen, dass die Bauern die Subventionskürzungen nicht klaglos hinnehmen werden. Des Weiteren kann man wohl davon ausgehen, dass die Proteste zunehmen und lauter werden. Nicht ausgehen kann man davon, dass auch nur ein erboster Autofahrer einen Bauern von der Straße ziehen wird oder gar die Staatsanwaltschaft gegen die Blockierer ermittelt. Lorenz Breiting, Rimpf